

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

zunächst einmal ein herzliches Dankeschön, das ich nach eurer Festveranstaltung zum 70. Jahrestag der Wiedergründung der Gewerkschaften im vergangenen Jahr heute am 1. Mai wieder zu euch sprechen darf.

Der 1. Mai hat für die Arbeiterbewegung eine besondere Bedeutung; seit 1890 wird der ursprüngliche „Protest- und Gedenktag“ in der ganzen Welt heute als Tag der Arbeit begangen.

Im Verlaufe der Jahrzehnte hat sich diese Tradition leider ausgeschliffen – wir treffen uns jährlich in einem scheinbar immer kleineren Kreis und werden von einem mehr oder wie in meinem Fall weniger prominenten Gewerkschaftskollegen über die jeweilige gesellschaftliche Situation informiert; meist nach einer Vorlage, die zuvor die DGB-Bundesleitung als Mai-Ansprache skizziert hat.

Vielen von uns erscheint dies inzwischen sehr ritualhaft.

Als Kollege Bernhard Elz mich im März als euer Mai-Redner für 2016 geworben hat, hat er deshalb ausdrücklich um KEINE (!) klassische Mai Rede gebeten – deshalb werde ich nachfolgend auch wenig zu unserer aktuellen Situation in Deutschland und innerhalb der Gewerkschaftsbewegung sprechen, sondern mich vielmehr mit einem Jubiläum befassen, dass zur Zeit vielerorts in eurer Umgebung, aber natürlich auch in Worms begangen wird, nämlich „200 Jahre Rheinhessen“.

Auf der Homepage unserer geliebten Landeshauptstadt Mainz finden wir dazu folgendes Zitat: „Denn bei aller Rückbesinnung auf eine große Geschichte ist Rheinhessen auch und vor allem eine Region mit feierfreudigen, lebensfrohen, geradlinigen Menschen. Mit einer Hauptstadt, die jung ist, dynamisch und offen. Mainz zeigt sich ihrem ländlichen Raum zugewandt, genauso wie dem urbanen Rhein-Main-Gebiet. Hier kann man vortrefflich leben und genießen, mit regionalen Genüssen, die nicht

nur deftig sein müssen, mit vorzüglichen Weinen und mit ganz viel Kultur.“

Ich habe mir das Veranstaltungsprogramm unserer Landeshauptstadt genau angeschaut und dabei wirklich ganz viel zu Wein und kulturellen Angeboten gefunden – die Rückbesinnung auf eine große Geschichte habe ich aber nicht entdeckt, vor allem nicht auf die Geschichte der einfachen Menschen, die Rheinhessen aufgebaut haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich lade euch also zu einer kleinen Geschichtsreise ein, aber aus der Sichtweise der kleinen Leute, also aus der von euch „da unten“.

***Rheinhessen* entstand unter diesem Namen 1815 nach dem zweiten Wiener Kongress, als die europäischen Herren das Imperium Napoleons neu unter sich aufteilten und nun auch Großherzog Ludwig I. von Hessen die Gelegenheit gekommen sah, sein Territorium über den Rhein hinaus auszudehnen.**

Jener Großherzog Ludwig war übrigens selbst erst 1806 gegen Stellung hoher Militärkontingente an Frankreich von Napoleon selbst zum Großherzog erhoben worden.

Ihr seht also, wer bereits damals die Zeche gezahlt hat.

Allerdings musste Ludwig I bald feststellen, dass er mit den Rheinhessen ziemlich rebellische Landeskinder bekommen hatte, die fest entschlossen waren, ihre durch die Französische Revolution erhaltenen Vorrechte – grob zusammengefasst unter: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ – zu verteidigen.

Verbrieft im Gesetzbuch Code Napoleon galten sie nun als RHEINISCHES RECHT ausschließlich im neuen rheinhessischen Landesteil weiter.

Und damit auch keine Missverständnisse aufkamen, errichteten die Rheinhessen in ihren Ortschaften sogenannte Napoleon-Steine, auf denen nicht nur der Kaiser sondern auch die revolutionären Rechte gewürdigt wurden – auf den Friedhöfen in Worms, Pfeddersheim und

Pfiffligkeit könnt ihr noch immer diese Steine bewundern.

Während anderen Orts in Deutschland die Vertreibung

Napoleons der Bevölkerung von den nun über sie

Herrschenden als „Befreiung“ zu Feiern vorgeben war,

wussten die Rheinessen es offensichtlich besser.

1839 hielt die Industrialisierung im bisher von Handel,

Handwerk und Landwirtschaft geprägten Worms Einzug.

1857 gab es bereits elf Fabriken – davon sechs sogar mit

Dampfmaschinen. Führend waren drei Lederfabriken und

eine Wollgarnspinnerei. Die Lederfabrik Heyl beschäftigte

bereits 650 Arbeiter.

Eindrucksvolle Zahlen, die jedoch einen wesentlichen

Aspekt aussparen. Nämlich unter welcher schlechten

Arbeitsbedingungen und zu welcher extremen Arbeitszeiten

die arbeitenden Menschen den Wohlstand des neuen

Fabrikadels erschufen. Nicht umsonst erfolgte bereits 1844

in Schlesien mit dem Weberaufstand die erste größere

proletarische Erhebung, die sich gegen Lohnkürzungen

**und über alles erträgliche Maß hinausgehende
Arbeitszeitverlängerungen wandte.**

**Entsprechend verkündete auch zu Beginn des Jahres 1848
der Trierer Karl Marx im „Kommunistischen Manifest“
einen langanhaltenden Klassenkampf zwischen den
Besitzern der neuen industriellen Produktionsmitteln, den
Kapitalisten und ihre Arbeitern, den Proletariern, die nach
der Auffassung von Marx nichts als ihre Ketten zu
verlieren, aber durch die Revolution eine Welt zu gewinnen
hätten.**

**Marx wie Engels wirkten im April 1848 auch in Rheinhessen
– genauer in Mainz – um sich auch hier an den
Bemühungen zu beteiligen, sämtliche inzwischen in
Deutschland existierenden Arbeitervereine zu
zentralisieren.**

**Der Bildungsverein für Arbeiter in Mainz verfasste den
entsprechenden Aufruf: „Vereinzelt, wie bisher, sind wir
schwach, obgleich wir Millionen zählen, Vereinigt und**

organisiert werden wir dagegen eine unwiderstehliche Macht bilden“.

Eine Erkenntnis liebe Kolleginnen und Kollegen, die wir heute offensichtlich wieder in unserem Bewusstsein verankern müssen.

Tatsächlich beteiligten sich die Arbeiter dann auch während der „Deutschen Revolution“ 1848/49 aktiv am Kampf des Bürgertums um eine Demokratisierung Deutschlands, wie sie sich in der Frankfurter Reichsverfassung darstellte, die von der Versammlung in der Paulskirche beschlossen worden war. Selbst der Großherzog von Hessen erkannte die neue demokratische Verfassung an – nicht dagegen das reaktionäre Preußen.

In der Folge kam es beim Versuch die demokratische Verfassung in Deutschland trotzdem zu etablieren zu republikanisch motivierten Aufständen, woraufhin der Großherzog von Hessen wieder die Seiten wechselte und ins Lager der Reaktionäre zurückkehrte.

Nicht jedoch so seiner Wormser Landeskinder: Der Wormser Stadtrat stellte sich am 11. Mai 1849 auf die Seite der Republik und rief zur Volksbewaffnung auf. Allerdings bereits in der Nacht vom 28. auf den 29. Mai 1849 wurde Worms genau von der hessischen Armeedivision besetzt, die den Preußen helfen sollte, den südwestdeutschen Volksaufstand niederzuschlagen. Das Kommando der hessischen Truppen hatte General Friedrich Ferdinand Wilhelm von Schäffer-Bernstein – Nomen est omen würde meine Lateinlehrerin dazu sagen.

Die Wormser und die rheinhessischen Bürgerwehren wichen in der Folge auf Ludwigshafen aus und unterstützen dort aktiv aber vergeblich die badisch-pfälzische Armee gegen die in die Pfalz vorrückenden Preußen.

Unmittelbar nach dem Sieg der reaktionären Kräfte hagelte es in Worms Steckbriefe wegen Hoch- und Landesverrat. Im Mai 1850 standen 16 Wormser Bürger in Mainz vor dem Schwurgericht – Worms stellte das größte Verhafteten-

Kontingent aller rheinhessischen Gemeinden. Zwar wurden alle 16 – zum Teil nach langer Untersuchungshaft – freigesprochen, aber andernorts ausgesprochene Haftstrafen zwangen viele zur Emigration nach Nordamerika.

Das bekannteste Beispiel ist sicher Ludwig Blenker, der es vom Oberst der Wormser Bürgerwehr bis zum Brigadegeneral der Nordstaatenarmee in den USA brachte, die dort bekanntlich für die Beseitigung der Sklaverei kämpfte.

Nach 1849 wurden in Deutschland zunächst alle Arbeitervereine verboten. Dies wie auch erfolglose Streiks in den fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts verstärkte jedoch anschließend das erneute Streben der noch jungen Arbeiterbewegung nach organisatorischen Zusammenschlüssen in eigenen Arbeitervereinen und -parteien.

Richtungsweisend war hier der von Ferdinand Lassalle 1863 initiierte Allgemeine Deutsche Arbeiterverein.

Drei Tage vor der offiziellen Gründung des ADAV hielt Lassalle in Mainz eine Ansprache im Frankfurter Hof, der zu dieser Zeit wieder als Versammlungsort des Arbeiterbildungsvereins diente.

In seiner 75 Minuten langen Rede – keine Angst so lange werde ich nicht sprechen - trug Lassalle vor 900 Zuschauern die Grundpfeiler seiner sozialen und politischen Thesen vor. Er kritisierte am bestehenden kapitalistischen System, dass der Mensch, ökonomisch gesehen, nur eine Ware sei. Lassalle erweckte bei den Arbeitern die Zuversicht, mit Hilfe des bestehenden Staates friedlich in den Sozialismus hineinwachsen zu können. Am Ende der Ansprache stimmte die Versammlung für Lassalles Programm und wählte einen Abgeordneten für den Gründungskongress des ADAV in Leipzig.

Die Hauptforderungen des ADAV waren nachfolgend das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht – allerdings noch immer nur für Männer!

Im ADAV bildete sich bald um Wilhelm Liebknecht eine Opposition gegen Lassalle – allerdings nicht wegen des Frauenwahlrechts. Vielmehr wurde Lassalle verübelt, dass er für eine Einigung Deutschlands unter Führung des bei den Arbeitern verhassten preußischen Staates eintrat.

Am 7. August 1869 schloss sich in Eisennach diese Opposition im ADAV gemeinsam mit der Sächsische Volkspartei von August Bebel zur Sozialdemokratischen Arbeiterpartei zusammen und orientierte sich nachfolgend wieder wesentlich stärker an Karl Marx, der 1867 DAS KAPITAL verfasst hatte.

DAS KAPITAL zählt heute zum Weltdokumentenerbe der UNESCO – eine schwere aber nach wie vor nützliche Lese Kost.

Der Delegierte Philipp August Rüdts vertrat auf dem Eisenacher Parteitag neben Heidelberger, Mannheimer und Karlsruher Fabrikarbeitern übrigens auch 445 Wormser Arbeiter – vor allem Mauerer und Zimmerleute. Die Wormser SPD betrachtet diese Delegation zu Recht als ihr Gründungsdatum.

Aber auch für die heutigen Wormser Gewerkschaften ist das Jahr 1869 des Eisenacher Parteitages das faktische Gründungsdatum, da erst auf dem Mannheimer SPD-Parteitag 1906 in einer Resolution grundsätzlich die Gleichberechtigung von Gewerkschaften und Partei festgeschrieben wurde. Erst damit war die seit 1863 bestehende Führungsrolle der Partei beendet – vorher waren wir im Grunde eine Organisation.

445 Wormser Arbeiter waren also schon 1869 in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei organisiert, aber praktisch keine Lederarbeiter. Woran lag das: Die Wormser Lederadeligen duldeten nämlich in ihren Unternehmen keine Gewerkschaftsbetätigung. Jedes Engagement in

dieser Sache führte zur sofortigen Entlassung. Zwar ist das noch heute im Heylshof zu besichtigende Denkmal für den Begründer der Wormser Industrie Cornelius Heyl laut Inschrift von seinen dankbaren Arbeitern errichtet worden, ob ihm die Arbeiter mangels ihrer gewerkschaftlicher Interessensvertretung wirklich so dankbar waren sei dahingestellt.

Damit ihr mich richtig versteht: Ich bin kein Bilderstürmer – ich finde ganz im Gegenteil die Wiederaufstellung des Wormser Bismarcks Denkmals im Heylshof nur konsequent und richtig. So stehen die Denkmäler von gleich zwei Gewerkschafts-Gegnern in Worms prominent neben einander und können von uns kritisch gewürdigt werden.

Wie sehr die Lederadeligen in Worms Einfluss auf die Entwicklung der Arbeiterbewegung nahmen, kann man auch bei den Wahlen im Kaiserreich erkennen: Während nach der Aufhebung des Bismarck'schen Sozialistengesetzes die Sozialdemokraten in Mainz und

Ludwigshafen sich geradezu sturmhaft entwickelten, wurde in Worms der Repräsentant der Arbeitgeber, Freiherr von Heyl zu Herrnsheim, zum Reichstagabgeordneten gewählt – als Vertreter der nationalliberalen Partei, also der selbsterklärten Partei des Besitzbürgertums sowie des industriellen Großbürgertums.

Die Wormser Arbeiter müssen sehr reich gewesen sein oder gab es doch andere Gründe, warum die SPD hier so spät Fuß fasste und z.B. erst 1907 mit einer kleinen Fraktion in den Stadtrat einzog, während die SPD zeitgleich in der Stadt Ludwigshafen bereits die absolute Mehrheit errang und in Mainz sogar zweidrittel der Stimmen erreichte.

Die Hungerkrawalle und Plünderungen, die ab 1916 in Worms stattfanden, sprechen auf jedem Fall eine andere Sprache. Laut Jahresbericht der Gewerbeaufsicht litten große Teile der Arbeiterschaft an Blutarmut und Unterernährung. Die Zahl der Arbeitsunfälle stieg ebenfalls

an – Frauen und Kinder mussten nun verstärkt die Männer ersetzen, die für den Kaiser an der Front kämpften.

November 1918 war damit endlich Schluss – auch in Worms bildete sich ein Arbeiter- und Soldatenrat – aus dem Großherzogtum Hessen wurde der Volksstaat Hessen. Sieger bei der ersten Wahl nach dem Sturz der Monarchie und der Einführung des so wichtigen 8-Stunden-Tags bei einer 6 –Tage-Woche war nun plötzlich auch in Worms die SPD, die 45 % aller Stimmen erhielt.

Allerdings handelten die Sozialdemokraten auch in Worms nicht in der notwendigen Konsequenz, um die junge Demokratie zu stabilisieren. So ist in der Wormser Stadtgeschichte zu lesen, dass der Stadtrat z.B. erst 1922 schwarz-rot-goldene Fahnen – die Farben der Republik – beschaffen ließ.

Damit war man auch in Worms schlecht vorbereitet auf die große Krise 1923/24: Sie führte zwar im Januar 1924 erstmals überhaupt zu einem Streik in der Lederindustrie,

aber die fast zeitgleiche Aushebelung des acht-Studentags durch die Anhebung der täglichen Arbeitszeit auf bis 10 Stunden – ohne Lohnausgleich (!) - war für die Arbeiterbewegung eine große Niederlage.

Die seit 1918 sehr erfolgreiche Organisierung der Wormser Lederarbeiter in der Gewerkschaftsbewegung konnte so nicht durchgehalten werden.

Das Ergebnis war, dass auch in Worms Teile der Arbeiterbewegung sich nach links bewegten, was auch hier zur verhängnisvollen Spaltung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten führte.

Beiden stand ab 1930 auch in Worms mit den Nationalsozialisten ein extrem gewaltbereiter Gegner gegenüber. Die Wormser Arbeiterbewegung wehrte sich gegen die braune Flut allerdings äußerst tapfer. Der Guntersblumer Georg K. Glaser schildert dies in seinem autobiographischen Roman: Geheimnis und Gewalt

eindrucksvoll – er ist wirklich jedem zur Lektüre empfohlen.

Das Ergebnis ist uns allen bekannt. Am 30. Januar 1933 wurde Hitler zum Reichskanzler ernannt. Am 6. März 1933 wurde das KZ Osthofen eröffnet und blieb bis Juli 1934 makabre Heimstätte für Wormser Juden, Gewerkschafter, Sozialdemokraten und Kommunisten. Wie sehr den Nationalsozialisten die rebellische Provinz Rheinhessen am Herzen lag, kann man auch daran erkennen, dass sie am 1. April 1937 aufgelöst wurde.

Die Bilanz der brauen Jahre ist fatal: Am 21. Februar 1945 wurde Worms durch einen einzigen Luftangriff nahezu vollständig zerstört. Den Wiederaufbau mussten die Kinder und Enkelkinder jener 445 Wormser Arbeiter – wie gesagt vor allem Mauerer und Zimmerleute – leisten, die sich schon 1869 für einen ganz anderen Weg entschieden haben, als ihn dann Worms im Kaiserreich, in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus genommen hat.

Glücklicherweise wurde das zerstörte Worms bereits im März 1945 von der US-Army befreit – andernorts kämpfte man noch sinnlos bis zum 9. Mai 1945 weiter.

Die Amerikaner gestatteten bereits am 1. Juli 1945 die Wiedezulassung einer freien Gewerkschaft im Stadt- und Landkreis. Otto Garthoft, Hugo Binder, Hermann Meschkat, Paul Ehrentraut, Johann Obenauer, Andreas Röppelt, Wilhelm Judith, Heinrich Völker, Johann Herbeck und Christoph Beck sind hier als Männer der ersten Stunde zu nennen und wurden von uns letztes Jahr gewürdigt. Die Frauen spielten leider noch immer nicht die ihnen zustehende Rolle.

Mit der Schaffung der Französischen Besatzungszone auf der linken und der Amerikanischen Besatzungszone auf der rechten Rheinseite ab Juli 1945 wurde der Rhein zur Grenze.

Aus dem französisch besetzten Teilen des ehemaligen Volksstaats Hessen wurde der Regierungsbezirk Mainz; die

rechtsrheinischen Gemeinden des Landkreises Worms mit ca. 46.000 Einwohnern wurden dem hessischen Kreis Bergstraße zugeordnet.

Für uns viel einschneidender war jedoch, dass die Franzosen zunächst die gewerkschaftliche Organisation wieder untersagten, um sie dann ab September 1945 endgültig zu gestatten.

Der Regierungsbezirk Mainz wurde am 30. August 1946 Teil des neugegründeten Landes Rheinland-Pfalz. In diesem wurde er zum Regierungsbezirk Rheinhessen und umfasste die kreisfreien Städte Mainz und Worms sowie die Landkreise Alzey, Worms, Mainz und Bingen.

In diesen neuen Grenzen erfolgte bis 1955 der mühevollere Wiederaufbau – erst danach war es möglich so wichtige gewerkschaftliche Forderungen, wie „Samstags gehört Papi mir“ oder „Urlaubsgeld erschließt die Welt“ anzupacken und auch umzusetzen – dank eines damals wieder hohen Organisationgrades.

**Bei dem Volksbegehren über eine eventuelle
Länderneugliederung im April 1956 wollten übrigens nur
noch 20,3 % der Rheinessen wieder zu Hessen gehören.
Der Rest hatte sich inzwischen in Rheinland-Pfalz zu Recht
gefunden.**

**Der Regierungsbezirk Rheinessen bestand trotzdem nur
noch bis 1968 und formte dann zusammen mit dem
Regierungsbezirk Pfalz den bis 1999 bestehenden
Regierungsbezirk Rheinessen-Pfalz.**

**Mit der Umstrukturierung der Landesverwaltung zum 1.
Januar 2000 wurden die Regierungsbezirke in Rheinland-
Pfalz aufgelöst und die Bezirksregierungen in die
Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) bzw.
Struktur- und Genehmigungsdirektionen (SGD) Nord und
Süd überführt, die nunmehr für bestimmte
Aufgabenbereiche und nicht mehr für alle Aufgaben
innerhalb ihres bisherigen Bezirks zuständig sind.**

Eigene Identitäten, wie sie gerade für die Rheinessen wichtig und auch traditionsreich sind, werden so nicht gefördert – im fernen Mainz sind diese auch nicht mehr gewollt. Ob wir Rheinessen und Pfälzer uns jemals zu Rheinland-Pfälzern deformieren lassen, wage ich allerdings zu bezweifeln...

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das war jetzt ein Crashkurs zu 200 Jahre Rheinessen aus Sicht der Arbeitnehmer.

Es bleibt abschließend die Frage, welche Lehren ziehen wir aus der Geschichte und warum sind wir deshalb heute hier:

Auch am 1. Mai 2016 singen wir symbolisch noch immer das hohe Lied der Solidarität der alten Arbeiterbewegung: Solidarität zwischen den arbeitenden Menschen, den Generationen, den Einheimischen und den Flüchtlingen, den Schwachen und den Starken.

Deutschland steht vor großen Aufgaben: Hunderttausende sind vor Krieg und Terror zu uns geflüchtet. Sie treffen hier viel zu oft auf Hass und Menschenfeindlichkeit.

Dagegen wenden wir uns entschieden – die Antwort heißt Integration in Arbeit und Gesellschaft, nicht Ausgrenzung! Aber Integration geht nur gemeinsam, mit gleichen Rechten für alle Beschäftigten!

Geflüchtete und Einheimische dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Die Gewerkschaften fordern deshalb keine Ausnahmen beim Mindestlohn, keine Absenkung von Arbeitsschutzstandards!

Solidarität braucht aber auch einen handlungsfähigen Staat!

Die Gewerkschaften weisen seit Jahren auf die fehlenden Investitionen in die öffentliche Infrastruktur hin. Darunter leiden alle Menschen. Wir brauchen Investitionen in Schulen, Kitas, Verkehrswege, den Wohnungsbau sowie mehr Personal bei der Polizei und im öffentlichen Dienst.

Der jetzige Zustand gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Wir fordern aber auch Solidarität im Betrieb ein: kein Lohndumping, keine Zwei-Klassen-Gesellschaft!

Im Koalitionsvertrag der derzeitigen Bundesregierung wurde zugesagt, dass der Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen endlich verhindert wird. Hunderttausende Kolleginnen und Kollegen verdienen weniger und werden schlechter behandelt als die Stammebelegschaft. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist eine alte und leider noch immer aktuelle Forderung der Arbeiterbewegung.

Und auch die angekündigten Rentenerhöhungen für 2016 können nicht darüber hinwegtäuschen, dass Millionen Menschen eine Altersarmut droht, wenn nicht jetzt gegengesteuert wird. Die Rente muss für ein würdiges Leben im Alter reichen. Die gesetzliche Rente muss gestärkt werden!

Und wir wollen mehr Gerechtigkeit für Frauen auf dem Arbeitsmarkt!

Die Lohnlücke bei Frauen liegt immer noch bei 21 Prozent. Und wenn Frauen sich für Teilzeit entscheiden, dürfen sie selten zurück in eine Vollzeitstelle. Gesetze zur Lohntransparenz und zum Rückkehrrecht auf Vollzeit müssen endlich kommen!

Auch das Mitbestimmungsgesetz muss den neuen Herausforderungen angepasst werden. Wir brauchen mehr Mitbestimmung in den Betrieben, um die Folgen von TTIP und der Digitalisierung der Arbeitswelt zu steuern und den demografischen Wandel zu begleiten. Darüber habe ich letztes Jahr am 1. Mai gesprochen – den gleichen Vortrag hätte ich heute auch hier wieder halten können, nichts ist seit dem geschehen, aber TTIP kommt, mit allen negativen Folgen für Arbeitnehmer!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Worms steht auf für die Menschlichkeit lautet unser diesjähriges Motto.

Unsere Geschichte – auch hier in Rheinhessen seit 200 Jahren - verpflichtet uns weiter zu Handeln gegen Krieg und Intoleranz, Rassismus und Antisemitismus.

Der 1. Mai ist unser Tag der Solidarität und kein Ort für Nazis und Rechtspopulisten – gerade hier nicht in Rheinhessen, gerade hier nicht in Worms!

Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.